

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Sabine Aretz

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

von der Verwaltung

Referatsleiterin 5 Marion Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Heike Hansemann

Fachbereichsleitung Finanzen Jörg Valnion

Fachbereich Finanzen Tanja Harnisch

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Ratsmitglied Björn Heinisch

Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Ratsmitglied Hermann Stolle

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Gäste

Andrea Aulkemeyer Betriebsleiterin/Geschäftsführerin RNK

Reinhold Keil Nachfolger von Frau Aulkemeyer als
Betriebsleiter/Geschäftsführer RNK

Dr. Harald Endemann Seufert Rechtsanwälte, München

Carsten Engelhardt Pricewaterhouse Coopers AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Oldenburg

Heinz Hoffstedde Geschäftsführer Hospitalgesellschaft Jade-Weser mbH

Andreas Kamp Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BPG Münster

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 8

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 5.1 | Ehrenamtliche(r) Richter/-in beim Sozialgericht Oldenburg | 285/2014 |
| 6.1.1 | Zustimmung zur Fusion (Fusionsvertrag II und Finanzierung) von St. Willehad-Hospital und Reinhard-Nieter-Krankenhaus | 286/2014 |
| 6.1.2 | Genehmigung des 1. Nachtrags zum Wirtschaftsplan 2014 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) | 287/2014 |
| 7 | Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten | |
| 8 | Einwohnerfragestunde | |

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser machte auf den per Nachtragseinladung hinzugenommenen Tagesordnungspunkt 5.1 „Ehrenamtliche(r) Richter/-in beim Sozialgericht Oldenburg (Vorl.-Nr. 285/2014)“ aufmerksam.

Frau Weinstock rügte das späte Vorliegen der Beschlussvorlage Nr. 286/2014.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 24.09.2014

Beschluss: - einstimmig zugestimmt – (bei Enthaltung von Herrn Lietzmann, WBV-Fraktion)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 24.09.2014 wird genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Anträge zur Durchführung einer „aktuellen Stunde“ vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

5.1 Ehrenamtliche(r) Richter/-in beim Sozialgericht Oldenburg

285/2014

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 30.10.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Als ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Oldenburg wird erneut vorgeschlagen:

Frau Petra Stomberg
Siebethsbürger Str. 7a
26386 Wilhelmshaven.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Sokolowski)

6.1.1 Zustimmung zur Fusion (Fusionsvertrag II und Finanzierung) von St. Willehad-Hospital und Reinhard-Nieter-Krankenhaus

286/2014

Frau Kolbe als Beschäftigte des Krankenhauses nahm **nicht** an der Beratung und der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes teil.

Frau Ober-Bloibaum beantragte zunächst, die **Aufzeichnung** dieser Ratssitzung länger als in der Geschäftsordnung vorgesehen aufzubewahren. Dieser Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Weiter beantragte **Frau Ober-Bloibaum** die **namentliche Abstimmung** zu **Vorlage Nr. 286/2014**.

Mit 13 Ja-Stimmen erreichte dieser Antrag die nach § 15 Abs. 4 der Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit von mind. 1/3 der anwesenden Ratsmitglieder und wurde **mehrheitlich angenommen**.

Herr Walpurgis beantragte außerdem die **Ausweitung des Rederechts**. Es sollte vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des Themas mehr als einmal und jeweils für mehr als 5 Min. gesprochen werden dürfen. Dieser Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Glaser gab für diesen Tagesordnungspunkt den Ratsvorsitz an ihren Stellvertreter Herrn Möhle ab und trug anschließend in Vertretung für Herrn Sokolowski den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 30.10.2014 vor.

Frau Weinstock erklärte, die Gruppe sei sich der Notwendigkeit einer Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft in Wilhelmshaven durchaus bewusst. Auf Unverständnis stöße jedoch das Vorhaben eines Klinikneubaus; nicht zuletzt auch deshalb, weil im Reinhard-Nieter-Krankenhaus in den letzten Jahren bereits hohe Investitionen für Umbaumaßnahmen getätigt worden seien. Zudem dürften die hohen finanziellen Belastungen, die sich aus der jetzigen Fusion ergeben, nicht außer Acht gelassen werden. Angesichts der Haushaltslage sei dieser Schritt gegenüber den Bürgern kaum vermittelbar. Aus Sicht der Gruppe könne der Fusion nicht zugestimmt werden, solange sich die finanzielle Situation der Stadt als derart schwierig darstelle.

Erneut müsse sie auch die kurzfristige Vorlage der für die Beschlussfassung nötigen Unterlagen kritisieren. Auf diese Art und Weise komme die Stadt in

unnötige Erklärungsnot gegenüber der Öffentlichkeit. Insgesamt müsse die Gruppe feststellen, dass aufgrund der zahlreichen Unwägbarkeiten für Rat, Bürger und Mitarbeiter die Fusion abgelehnt werden müsse.

Herr von den Berg signalisierte ebenfalls seine Ablehnung gegenüber der Beschlussvorlage. Seiner Auffassung nach hätten sich die Grundlagen des Fusionsvertrages seit dem ersten Beschluss im Frühjahr erheblich geändert. Mit dem heute vorgelegten Vertragswerk werde die Belastungsfähigkeit der Stadt deutlich überschritten. Er gebe zu bedenken, dass eine Fusion entgegen der allgemeinen Annahme nicht alternativlos sei. Die heutige Vorlage aber treibe das Klinikum die Arme der Privaten.

Frau Bakir verdeutlichte, dass die SPD-Fraktion zwar der Fusion im Frühjahr zugestimmt habe, doch trage damit jeder auch eine große Verantwortung. Niemand könne die tatsächlichen und rechtlichen Folgen absehen.

Frau Breuer machte auf die Wahlversprechen im Rahmen der Kommunalwahl 2011 aufmerksam, bei der immer wieder betont worden sei, das Krankenhaus in kommunaler Hand behalten zu wollen. Die jüngsten Entwicklungen hätten dieses Versprechen jedoch deutlich erschwert. Damit diese Entscheidung weitergeführt werden könne, müsse die Stadt auf starke Beine gestellt werden. Auch wenn der neue Fusionsvertrag sich erheblich vom ursprünglichen unterscheide - es gehe nunmehr um einen Betriebsübergang anstelle einer Fusion - hätten die städtischen Gremien sehr viel Arbeit geleistet und damit die heutige Entscheidung ausgiebig vorbereitet. Die Entscheidung heute dürfe nicht nur wegen der Aussicht auf einen Neubau gefällt werden, sondern nicht zuletzt auch wegen der problematischen Situation am Reinhard-Nieter-Krankenhaus. Schließlich wolle sie an Herrn Keil als neuen Geschäftsführer appellieren, die Fusion entsprechend umzusetzen. Die Gruppe Grüne/WBV werde der Fusion mehrheitlich, wenn auch mit „Bauchschmerzen“, zustimmen.

Herr Debring kritisierte zunächst den damaligen Schritt, das Krankenhaus in einen Eigenbetrieb und eine gGmbH aufzugliedern. Hinsichtlich der jetzigen Planungen gab er zu bedenken, dass sich der neue Vertrag gar nicht so sehr von der ursprünglichen Version unterscheide. Zwar steige das Risiko, doch die Summe, die die Stadt zu zahlen habe, bleibe gleich. Seiner Meinung nach stelle die Fusion den einzig gangbaren Weg dar, zumal ein Verkauf nicht in Frage komme.

Herr Walpurgis vermisste ein eindeutiges Ziel bei dem Vorhaben „Krankenhausfusion“. Nachdem er die damalige und heutige Situation des Krankenhauses verglichen hatte, ging er auf die Situation der Mitarbeiter ein. Diese hätten zum Teil bereits Konsequenzen gezogen und seien in andere Häuser gewechselt. Das Personal dürfe nicht allein als Kostenfaktor gesehen werden, sondern vielmehr als „Motor“ der Fusion. Ohne dessen Funktionieren könne auch die Fusion nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus stelle die Menge an Unterlagen und damit auch die Zahl an Fakten, die es durcharbeiten und zu beachten gelte, die Ratsmitglieder vor besondere Herausforderungen. Die dafür erforderliche Zeit sei bei einer derart kurzfristigen Hergabe kaum aufzubringen. Hier nannte Herr Walpurgis einige Beispiele für die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen im Fusionsvertrag. Ganz besonders wichtig sei also, gegenüber allen Beteiligten ehrlich zu sein. Das Reinhard-Nieter-Krankenhaus diene der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und dafür müssten selbstverständlich die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Es stelle sich nur die Frage, wieviel die Stadt noch dazuzahlen könne. Seine Fraktion hoffe auf eine gute Lösung für alle Beschäftigten und stehe zu einer geregelten Fusion. Es sei ihm allerdings nicht möglich, den Planungen in der jetzigen Version zuzustimmen.

Herr Becker erklärte, die Fusion sei durchaus sinnvoll; dies müsse jedoch unter anderen Voraussetzungen geschehen. Er könne nicht nachvollziehen, dass es in der mittlerweile zurückliegenden Zeit nicht möglich gewesen sein sollte, eine weniger problembehaftete Lösung zu finden. Der heutige Tag sei für ihn einer der schwersten der Wahlperiode. Er werde sich daher, ebenso wie Herr Lietzmann, bei der Abstimmung enthalten.

Herr Jacques bezeichnete den heutigen Tag als historisch. Der Rat wie auch alle übrigen Beteiligten hätten sich mittlerweile lange und intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt. Nunmehr stünden tief greifende Veränderungen bevor, welche dringend nötig seien: Planungssicherheit für die von der Fusion betroffenen Mitarbeiter, Handlungsbedarf beim Gebäude des Reinhard-Nieter-Krankenhauses, einheitlicher Tarifvertrag für alle Beschäftigten. Er appellierte abschließend, vor allem die Beschäftigten auf dem Weg bis zur Umsetzung mitzunehmen und zukunftsgerichtet nach vorn zu schauen.

Herr Hellwig und **Herr Harms** betonten übereinstimmend, die Verantwortung müsse angenommen und der Fusion zugestimmt werden. Der Stadt könne nichts Besseres passieren als dieser Schritt.

Anschließend wurden die Beratungen in **nichtöffentlicher Sitzung** (von 15.55 Uhr bis 17.00 Uhr) fortgesetzt.

(...) hier nichtöffentlicher Teil

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung erfolgte die **namentliche Abstimmung** über den per Änderungsantrag der Gruppe Grüne/WBV im nichtöffentlichen Teil ergänzten Beschlussvorschlag:

1.	Aretz, Sabine	ja
2.	Bakir, Nurhayat	ja
3.	Barkowsky, Holger	ja
4.	Becker, Stefan	ja
5.	Bohlen-Janßen, Werner	ja
6.	Breuer, Katja	ja
7.	Büscher, Rainer	ja
8.	Debring, Peter	ja
9.	Felbier, Jörn	entschuldigt
10.	Föhlinger, Karlheinz	entschuldigt
11.	Gastmann, Sabine	ja
12.	Gerriets, Oliver	ja
13.	Glaser, Ursula	ja
14.	Hammadi, Al-Chafia	nein
15.	Harms, Martin	ja
16.	Heinemann, Uwe	entschuldigt
17.	Heinisch, Björn	entschuldigt
18.	Hellwig, Stephan	ja
19.	Jacques, Howard	ja
20.	Janßen, Byrte	ja
21.	Jeschke, Wolfgang	ja
22.	Klee, Brigitte	ja
23.	Kolbe, Petra	entschuldigt
24.	Kunze, Michael	ja
25.	Lach, Erika	ja
26.	Langen, Fritz	entschuldigt
27.	Lietzmann, Hans-Jürgen	ja
28.	Linsen-Steiner, Sigrid	ja
29.	Möhle, Helmut	ja
30.	Ober-Bloibaum, Barbara	nein
31.	Reese, Uwe	ja

32.	Prof. Reuter, Günter	ja
33.	Schmidt, Norbert	entschuldigt
34.	Sokolowski, Peter	entschuldigt
35.	Stolle, Hermann	entschuldigt
36.	Tegge, Jasmin	nein
37.	Veh, Michael	entschuldigt
38.	von den Berg, Michael	nein
39.	Dr. von Teichman, Michael	entschuldigt
40.	Wagner, Andreas	ja
41.	Walpurgis, Frank Uwe	Enthaltung
42.	Walzner, Horst Dieter	nein
43.	Weinstock, Helga	nein
44.	Wilhelm, Lutz	entschuldigt
45.	Will, Christine	ja

(bei 26 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Beschluss: Der Rat der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) stimmt der Fusion von Reinhard-Nieter-Krankenhaus und St. Willehad-Hospital / dem Fusionsvertrag II zum Erwerb des St. Willehad-Hospitals auf der Grundlage des zwischen den Vertragsparteien ausgehandelten Fusionsvertrages einschließlich Anlagen und den darin beschriebenen Transaktionsschritten zu.

Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt, die zur Realisierung der Transaktionsschritte notwendigen Verträge namens der Stadt Wilhelmshaven abzuschließen.

Ergänzung nach Rat 30.10.2014:

Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird zusätzlich gebeten, die Möglichkeit eines Verbleibs des Medizinischen Versorgungszentrums des St.-Willehad-Hospitals zu prüfen und zu verhandeln.

Der Abschluss dieser Verträge hat auf der Grundlage der vorliegenden Entwürfe zu erfolgen, d. h. der Vertragsabschluss darf insgesamt nicht zu wirtschaftlich für die RNK gGmbH nachteiligeren Konditionen erfolgen, als dies in den als Anlage vorgelegten Entwürfen niedergelegt ist. In diesem Rahmen ist der Oberbürgermeister ermächtigt und berechtigt, textliche und redaktionelle Anpassungen hinsichtlich der im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung vorgelegten Entwürfe vorzunehmen.

6.1.2 Genehmigung des 1. Nachtrags zum Wirtschaftsplan 2014 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) **287/2014**

Frau Kolbe als Beschäftigte des Krankenhauses nahm **nicht** an der Abstimmung und der Beratung dieses Tagesordnungspunktes teil.

Frau Glaser trug in Vertretung für Herrn Sokolowski den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 30.10.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat den Wirtschaftsplan 2014 des RNK – Eigenbetriebes am 22.01.2014 genehmigt.

Hierzu wird der beiliegende 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes beschlossen.

Die Höhe der Kreditemächtigung für Investitionen (Kreditemächtigung) in Höhe von 1,0 Mio. €, und der Höchstbetrag für die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten von 4,0 Mio. € bleiben unverändert; Verpflichtungsermächtigungen sind weiterhin nicht vorgesehen.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Themen vor.

8 Einwohnerfragestunde

8.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

8.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Frau Annette Kruse-Janßen bat Oberbürgermeister Wagner um Auskunft, aus welchem Grunde ein defizitäres Gesundheitszentrum gekauft werde, gleichzeitig aber die nicht-defizitären Altenwohnanlagen verkauft würden.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, dass zum einen das Gesundheitszentrum noch nicht gekauft sei und zum anderen dessen künftige Wirtschaftslage nicht bekannt sei. Die Altenwohnanlagen wiederum würden aufgrund eines entsprechenden Ratsbeschlusses verkauft.

Frau Manuela Schenk bat um Auskunft, wann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des St. Willehad-Hospitals ihre Verträge erhielten.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nähmen ihre bestehenden Verträge mit. An den bestehenden Anstellungsverträgen ändere sich nichts.

Nachdem keine weiteren Fragesteller anwesend waren, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:10 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin